

Kommentar

100 Jahre nach dem Völkermord: Der ganz normale koloniale Blick

Namibia, ehemals Deutsch-Südwestafrika, ist im Sommer 2004 wieder in den Schlagzeilen – nicht wegen des 100. Jahrestages der Schlacht zwischen Herero und deutscher Schutztruppe bei Hamakari (Waterberg), dem Auftakt zum ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Was deutsche Afrika-Korrespondenten in Marsch setzte, sind die Ansätze der namibischen Regierung, im 15. Jahr der Unabhängigkeit etwas ernster zu machen mit der Landreform. Dies betrifft auch die Hinterlassenschaft des Völkermordes, die Landenteignung der überlebenden Afrikaner, die den Weg frei machte für deutsche, später südafrikanische Siedler. Bisher wurde Land nur in sehr bescheidenem Umfang umverteilt. Dabei haben sich die meisten Regierungsmitglieder und sonstige Angehörige der Elite ihren Anteil gesichert. Das Schicksal der vom Rauswurf durch neue Eigentümer bedrohten schwarzen Farmarbeiter und ihrer Familien findet in der Presse kaum Beachtung vor lauter Sorge um wenige weiße Farmer.

Der politische Druck beruht auf der hohen Symbolkraft des Landes und der fortbestehenden sozioökonomischen Spaltung der Post-Apartheid-Gesellschaft. Hier spielen Ignoranz und Verstocktheit der offiziellen deutschen Politik eine wesentliche Rolle. Am 17. Juni 2004 beschloss der Bundestag, des Völkermordes vor 100 Jahren zwar zu „gedenken“, vermied aber peinlich eine Entschuldigung. Zu Recht empfinden führende Herero dies als Verhöhnung. Ganz ähnlich wie lange Jahre im Fall der NS-Zwangsarbeiter und anderer Opfergruppen wollen Schröder, Fischer & Co. einklagbaren Ansprüchen aus dem Weg gehen. Sie verstecken sich hinter der namibischen Regierung, die aus Furcht vor tribalistischen Spaltungen, aber auch aus parteipolitischen Gründen eine Entschädigung speziell an Herero und Nama als den Nachkommen der Opfer des Völkermordes ablehnt. Der deutsche Staat drückt sich um die eigene Vergangenheit und den Respekt vor den Opfern dort, wo deren Nachfahren heute nur eine sehr schwache Stimme haben. Der Bundestagsbeschluss ist weniger als nichts, denn er sagt offen, dass die offizielle deutsche Politik mehr als „Gedenken“ gegenüber diesen Opfern nicht für erforderlich hält. So wird der koloniale Blick reproduziert, der Menschen kategorisiert und entlang dieser Kategorien diskriminiert.

Der Kolonialkrieg in Namibia dauerte von 1904 bis 1908 – Anlässe genug, die notwendige Debatte nicht so bald abreißen zu lassen. Es ist Teil der öffentlichen Verantwortung engagierter Sozialwissenschaft, die ausstehende Entschuldigung immer wieder einzuklagen.

Reinhart Kößler